

**Mit Beginn der Justizkrise im März 2007 begann der politische Abstieg von General Pervez Musharraf. Der von ihm abgesetzte Oberste Richter, Iftikhar Mohammad Chaudhry, hatte sich mit der Vorladung hoher Regierungsvertreter vor sein Gericht und der Forderung nach Aufspürung und Freilassung von ominös „verschwundenen“ Personen sowie seinem Widerstand gegen die fragwürdige Privatisierung von Pakistan Steel zum Anwalt der politisch ohnmächtigen Massen gemacht. Musharraf musste fürchten, Richter Chaudhry werde die Rechtmäßigkeit seiner Präsidentschaft überprüfen und ein negatives Urteil sprechen. Die rüde Absetzung des Richters führte im Frühjahr 2007 zu einer Protestbewegung, die bis zu den Wahlen im Februar 2008 anhielt. Die Vorkommnisse um die „Rote Moschee“ in Islamabad und die danach einsetzende Welle von Selbstmordattentaten gegen Sicherheitskräfte des Landes führten zusätzlich zum Schwinden der Autorität Musharrafs. Auf öffentlichen Druck hin sah sich dieser im Dezember 2007 gezwungen, das Amt des Armeechefs aufzugeben. Die bis heute unaufgeklärten Hintergründe der Ermordung Benazir Bhuttos trugen zum weiteren Verfall seiner Autorität bei. In den Wahlen am 18.2.2008 war die Musharraf unterstützende PML-Q der klare Verlierer. Sieger wurden die PPP der ermordeten Benazir Bhutto und die PML-N des vormaligen Premierministers Nawaz Sharif. Beide Parteien bekundeten, im März 2008 eine Koalitions-**

## Babak Khalatbari **Wende in Pakistan?**

**Ereignisse im Vorwahljahr,  
Wahlvorbereitung, Wahlergebnisse,  
Ausblick**

### ■ Executive Summary

The judicial crisis that began in March 2007 marked the beginning of the political downfall of General Pervez Musharraf. Before he was deposed by Mr Musharraf, chief justice Iftikhar Mohammad Chaudhry had made himself the advocate of the politically powerless, summoning high government officials before his court, demanding that persons who had ‚disappeared‘ ominously should be tracked down and released, and offering resistance to the questionable privatisation of Pakistan Steel. Mr Musharraf feared that judge Iftikhar Mohammad Chaudhry might examine the legitimacy of his presidency and deliver a negative verdict. The fact that the judge was personally deposed by Mr Musharraf in a very rude manner gave rise to a protest movement that started in the spring of 2007 and continued until the elections in February 2008. Causing a stir throughout the world, the events taking place around the ‚Red Mosque‘ in Islamabad and the subsequent wave of suicide attacks against the country’s security forces further undermined the president’s authority. Public pressure finally induced Mr Musharraf to resign from his office as Chief of Staff in December 2007. The president lost his uniform. The background of the assassination of Benazir Bhutto remains obscure to this day, which further weakens the president’s authority. The evident loser of the elections held on February 18, 2008, was the PML-Q party which supports Mr Musharraf. The winners were the

PPP of the assassinated Benazir Bhutto and the PML-N of the former prime minister, Nawaz Sharif. Both parties have announced that they intend to form a coalition government in March 2008. It is doubtful whether Mr Musharraf will be able to hold on to the presidential office much longer. As a political compromise, however, he might be granted a term of grace as interim president.

**regierung bilden zu wollen. Es ist fraglich, ob Musharraf sich im Präsidentenamt noch lange halten kann. Im Zuge eines politischen Kompromisses könnte ihm allerdings eine Übergangszeit als Präsident zugestanden werden.**

### ■ **Talibanisierung und die Rote Moschee**

In die turbulente, sechzigjährige Geschichte des Staates Pakistan wird das Jahr 2007 als ein besonders ereignisreiches eingehen, war es doch durch Vorkommnisse gekennzeichnet, die dauerhaften Einfluss auf die weitere Entwicklung des Landes haben können.

Die aggressive Entladung des islamistischen Fundamentalismus in Pakistan begann in den letzten Jahren mit der um sich greifenden Talibanisierung in den Grenzgebieten zu Afghanistan. Hier zeigte sich eine allmähliche Abkehr der verschiedenen Jihadi-Gruppen von den Kriegschauplätzen in Afghanistan und Kaschmir hin zu innenpolitischen Zielsetzungen. Ihr modifiziertes extremistisches Konzept bestand in einer konservativen Auslegung der Scharia und offenbarte sich zunächst in terroristischen Akten gegen die Verantwortlichen für angebliche Verstöße gegen den fundamentalistischen Islam. Sie vernichteten CD-Läden und Friseurgeschäfte, setzten Mädchenschulen in Brand und ermordeten Lehrerinnen. Im Herzen der Hauptstadt Islamabad machten sie die sogenannte Rote Moschee und die ihr angeschlossene Madrassa Jamia Hafsa zu einem Zentrum wahabistisch-extremistischer Lehre und Praxis. Sie versuchten damit, die Staatsmacht zu untergraben. Zu ihrem Repertoire gehörten Geiselnahmen, Beschädigung öffentlichen und privaten Eigentums, die völlige Zerstörung des der Moschee benachbarten Umweltministeriums, die Besetzung und Umwidmung einer staatlichen Kinderbibliothek in eine Stätte der islamistischen Indoktrination von Kindern, Erpressung und Störung der öffentlichen Ordnung, Bewaffnung der Madrassa-Studenten sowie sich verschärfende Propaganda gegen den Staat Pakistan in seiner bestehenden Form. Nachdem im Januar 2007 eine unter Obst und Gemüse versteckte Lieferung von Waffen

und Munition am Eingang zur Moschee zunächst abgefangen, danach aber auf Intervention hoher staatlichen Stellen vollzogen werden konnte, wurde deutlich, dass die Prediger der Moschee mit der Protektion einflussreicher Kreise des Establishments agierten und ihr Unwesen ungehindert unter den Augen des Nachrichtendienstes Inter-Service Intelligence (ISI) treiben konnte. Erst nach Übergriffen auf chinesische Staatsbürger und der Ermordung von drei Chinesen in Peschawar sowie dem nachfolgenden offiziellen Protest der chinesischen Regierung sahen sich die zuständigen Behörden zum Eingreifen veranlasst. Die Situation eskalierte auf Grund der fehlenden Verhandlungsbereitschaft der Madrassa-Leitung der Lal Masjid (Roten Moschee). Diese hielt 1200 Studenten und Studentinnen als Geiseln, gewährte den Eltern keinen Zugang zu den Kindern und nahm zur Waffengewalt Zuflucht. Militärische Einheiten umstellten den Komplex und stürmten ihn schließlich in den frühen Morgenstunden des 11. Juli 2007. In der „Operation Silence“, gab es über hundert Tote und viele Verletzte. Das fragwürdige Vorgehen der zuständigen Behörden im Fall der Roten Moschee führte letztlich zu einer Stärkung der Jihadi-Organisationen, vor allem der pakistanischen Taliban. Es setzte eine Welle von Selbstmordattentaten in Gang, die bisher nicht zum Erliegen gekommen ist.<sup>1)</sup> Andererseits wurde der Bevölkerung durch die Propaganda der Extremisten der Eindruck vermittelt, dass es sich bei diesen Auseinandersetzungen um einen Konflikt zwischen Staat und Religion gehandelt habe. Die ambivalente Haltung der Öffentlichkeit, pro und contra, zum militärischen Einsatz ist insofern nicht verwunderlich. Dieses Meinungsbild belastet mittelfristig die Stellungnahme großer Teile der Bevölkerung Pakistans zum Kampf gegen den Terror.

1) Die Voraussagen vieler politischer Beobachter, dass die Terrorwelle nach den Parlamentswahlen in Pakistan abnehmen würde, haben sich nicht bewahrheitet. Die Selbstmordanschläge der letzten Februartage, wie beispielsweise der in Rawalpindi gegen den Generalleutnant Mushtaq Baig, ließen dies deutlich werden.

### ■ Justizkrise

Als der Vorsitzende des Obersten Gerichts von Pakistan, Chief Justice Iftikhar Mohammad Chaudhry, Anfang des Jahres 2007 suo moto dubiose Machenschaften einiger Ministerien im öffentlichen Interesse einer Untersuchung unterzog und die Exekutive vor Gericht brachte, hatte er die rote Linie der „üblichen“ Tolerierung verfassungsfeindlicher Handlungen des Regimes durch die Justiz überschritten und die vehe-

mente Gegnerschaft des exekutiven Establishments herausgefordert. In der *Daily Times*, Lahore, vom 11. März 2007 fasste Kamran Mohammad das „Vergehen“ des obersten Richters wie folgt zusammen: „Er brachte die Exekutive gegen sich auf, weil er die Privatisierung des Stahlwerks (Karatschi) aufhielt, und er forderte die Regierung heraus, als er die Freilassung „verschwundener“ Personen unter Anwendung der Habeas-corporis-Regelung forderte, Personen, die vor allem in Belutschistan angeblich von staatlichen Organen entführt worden waren. Er lud den Generalpolizei-Inspektor der Provinz Pandschab vor und verwarnte ihn, als der Polizei vorgeworfen wurde, 90 Prozent der Auflagen des Obersten Gerichts nicht erfüllt zu haben.“ Politisch brisant wurde die Verfahrensweise von Chaudhry, als er die Rechtmäßigkeit einer erneuten Kandidatur von General Musharraf für das Amt des Staatspräsidenten und dessen gleichzeitige Ausübung des höchsten staatlichen und militärischen Amtes anfocht. Als Gegenmaßnahme erfolgte auf Betreiben von Premierminister Shaukat Aziz eine Empfehlung an Präsident Musharraf, den Richter wegen Amtsmissbrauchs und Korruption zu belangen. Der Präsident suspendierte daraufhin am 9. März 2007 den Richter und übergab den Fall dem Obersten Justizgremium (Supreme Judicial Council) mit der Auflage, Chaudhry, falls für schuldig befunden, aus seinem Amt zu entlassen. Der Präsident bestellte den Obersten Richter sogar ein und versuchte, ihn zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Chaudhry lehnte das Ansinnen ab.

Daraufhin kam es zu einer landesweiten Protestbewegung der Anwälte gegen die Knebelung der Justiz, der sich auch Organisationen der Zivilgesellschaft anschlossen. Mehrere angesehene Richter des Obersten Gerichts und der Provinzgerichte traten zurück, und die Anwälte gingen zum Boykott der Gerichte über, deren Tätigkeit zum Erliegen kam. Den elektronischen Medien wurde bei Androhung ihrer Abschaltung untersagt, über diese Ereignisse zu berichten. Gegen Chaudhry wurde am 18. Juli 2007 ein Mordanschlag verübt. Schließlich musste der Oberste Richter am 20. Juli 2007 wieder in sein Amt eingesetzt werden.

Er verfolgte seine bisherige Linie ungebrochen weiter. Ehe der Supreme Court eine Entscheidung über

die erneute Kandidatur von Präsident Musharraf treffen konnte, die wahrscheinlich gegen ihn ausgefallen wäre, kam der General den Richtern am 3. November 2007 mit einer Notstandsverordnung (Provisional Constitutional Order) zuvor. Damit setzte Musharraf die Verfassung außer Kraft. Chaudhry berief einen Gerichtshof von sieben Richtern, die eine einstweilige Verfügung gegen die Aktion des Präsidenten erließen. Inzwischen drangen jedoch Armeeeinheiten in das Oberste Gericht ein und entfernten mehrere Richter aus dem Dienstgebäude. 13 von ihnen wurden unter Hausarrest gestellt. An ihrer Stelle ließ der Präsident neue Richter auf die Provisional Constitutional Order eidschwören. Landesweit wurden über 60 missliebige Richter suspendiert oder traten aus Protest von ihren Ämtern zurück. Viele Beobachter des Geschehens vermuten, dass vom Establishment den gleichzeitigen Ereignissen um die Rote Moschee hohe Publizität eingeräumt wurde, um von der das Regime gefährdenden Tätigkeit des Supreme Court und der verfassungswidrigen Verfahrensweise des Präsidenten abzulenken.

### ■ Der Ausnahmezustand

Der Ausnahmezustand erwuchs aus der Krise der Justiz, setzte im Interesse der Erhaltung des Regimes von General Musharraf Bürgerrechte außer Kraft und beschränkte die Tätigkeit der Justiz sowie die der Medien. Das neu eingesetzte Oberste Gericht erklärte die erneute Präsidentschaft des Generals für rechtmäßig. Der nationale und internationale Druck zwang ihn jedoch dazu, am 29. November 2007 seine Uniform abzulegen und General Kayani zum Chief of Army Staff (COAS) zu berufen. Nach 42 Tagen wurde der Ausnahmezustand am 15. Dezember 2007 aufgehoben und die Verfassung wieder eingesetzt, allerdings mit den Veränderungen, die Musharraf zur Erweiterung seiner Machtbefugnisse eingefügt hatte. Dazu gehört die Bestimmung, dass keine Kritik an den Streitkräften und den Maßnahmen des Präsidenten nach dem 3. November 2007 geübt werden darf. Die hiermit verbundenen kontroversen verfassungsrechtlichen Fragen werden im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode Parlament und Regierung in hohem Maße beschäftigen, zumal die Zivilgesellschaft

zum Teil ultimativ die Einlösung der demokratiebezogenen Wahlversprechen fordert.

### ■ **Das Attentat auf Benazir Bhutto**

Am Abend des 27. Dezember 2007 verbreiteten die TV-Stationen Pakistans die Nachricht vom Tode Benazir Bhuttos. Die nach einer Wahlrede im Wagen durch Rawalpindi fahrende PPP-Führerin war einem politisch motivierten Anschlag zum Opfer gefallen. In Oxford und Harvard ausgebildet, hatte Benazir Bhutto von 1988 bis 1990 und von 1993 bis 1996 als Premierministerin die Geschicke des Landes geleitet. Nun stand sie kurz davor, zum dritten Mal Regierungschefin zu werden. Für einige ihrer politischen Gegner war dies Anlass genug sie mittels eines Sprengstoffanschlags endgültig auszuschalten. Ein erster Versuch war am 18. Oktober 2007 in Karatschi nur knapp gescheitert, 150 Menschen hatten dabei den Tod gefunden. Nun waren die Attentäter erfolgreich gewesen. Neben Bhutto wurden durch den Anschlag auch rund 20 ihrer Anhänger getötet.

Um einem Korruptionsverfahren zu entgehen, war Benazir Bhutto im Jahre 1999 in ein selbstaufgelegtes Exil nach Dubai gegangen. Von dort aus hatte sie die von Ihrem Vater Zulfikar Ali Bhutto im Jahre 1967 gegründete Pakistan Peoples Party (PPP) weiterhin geführt. Mit ihrem Ruf nach Demokratie in Pakistan war sie zu einer Symbolfigur für den Widerstand gegen das Musharraf-Regime geworden. Auf Grund einer von Washington gezeimerten Übereinkunft zwischen ihr und Musharraf war Bhutto am 19. Oktober 2007 nach Pakistan zurückgekehrt. Vereinbart war die künftige politische Zusammenarbeit, sprich Machtteilung zwischen ihr und Musharraf. Als Gegenleistung waren die Korruptionsverfahren gegen sie niedergeschlagen worden. Bhutto wusste, dass sie gefährliche Feinde hatte und nach einer Rückkehr in Lebensgefahr schweben würde. In einem Brief vom 16. Oktober 2007 an Musharraf hatte sie bereits Persönlichkeiten des pakistanischen Establishments beschuldigt, sich gegen sie verschworen zu haben und dabei sogar Namen genannt.<sup>2)</sup> Nach dem Attentat vom 18. Dezember 2007 nannte sie vier verschiedene Gruppen, die ihr nach dem Leben trachteten: Zwei Selbstmordgruppen von Al-Qaida und Taliban sowie

2) Genannt wurden dabei von ihr der Ministerpräsident von Pandschab, Pervaiz Elahi, der Ex-Ministerpräsident von Sindh, Arbab Ghulam Rahim, der Ex-ISI-Chef Hameed Gul und der amtierende Intelligence Bureau-Chef Ijaz Shah.

eine Gruppe der sogenannten Pakistan-Taliban unter Führung von Baitullah Mahsud und eine Gruppe aus Karatschi.

Drei Tage nach dem Tod von Benazir Bhutto legte die PPP-Führung deren politisches Testament vor. Neuer Parteivorsitzender wurde ihr 19-jähriger Sohn Bilawal Bhutto-Zardari, Co-Vorsitzender ihr nun verwitweter Ehemann Asif Zardari. Auf Grund des Attentats verlegte die Wahlkommission des Landes den Wahltermin vom 8. Januar auf den 18. Februar 2008.

### **Die Parlamentswahlen 2008**

Pakistans Parlament besteht aus zwei Häusern, der Nationalversammlung mit 342 und dem Senat mit 100 Sitzen. In der Nationalversammlung sind 60 Sitze Frauen und 10 Sitze nichtmuslimischen Minoritäten vorbehalten. Im Senat sind 17 Sitze für Frauen und weitere 17 für Technokraten und Kleriker (Ulema) bestimmt. Die Abgeordneten der Nationalversammlung wie die der vier Provinzparlamente werden direkt und für fünf Jahre gewählt. Die Mitglieder des Senats sind sechs Jahre im Amt, wobei es alle drei Jahre eine Neuwahl für die Hälfte der Senatsmitglieder gibt. Am 18. Februar 2008 standen einzig Wahlen für die Nationalversammlung und die Provinzparlamente an.<sup>3)</sup> Von den insgesamt 59 in Pakistan registrierten Parteien gelten derzeit nur sechs als Stammspieler der politischen Szene. Es sind dies die PPP, die Pakistan Muslim League-Nawaz (PML-N), die Pakistan Muslim League-Quaid (PML-Q), das Muttahida Qaumi Movement (MQM) und das religiöse Parteienbündnis Muttahida Majlis-e-Amal (MMA). Alle anderen Parteien sind primär von regionaler Bedeutung.

Die PPP wurde 1967 von Zulfiqar Ali Bhutto gegründet. In den Jahren von 1972 bis 1977, 1989 bis 1990 und 1993 bis 1996 war sie Regierungspartei. Sie ist in allen vier Provinzen präsent, ihr Stammgebiet ist Sindh, das Herkunftsland der Bhuttos. Bei den Wahlen von 2002 hatte die PPP 25 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen können.

Die im Jahre 1962 gegründete PML wurde seit den neunziger Jahren von Nawaz Sharif geführt und gelangte so zu dem Namenszusatz PML-N. Am 12. Oktober 1999 von Musharraf in einem Coup d'Etat als Premierminister abgesetzt, hatte Nawaz Sharif die Jahre ab Dezember 2000 im Exil in Saudi-

3) Es handelt sich dabei um die Parlamente von Pandschab (Lahore), Sindh (Karatschi), Belutschistan (Quetta) und der North-West Frontier Province (Peschawar).

Arabien und später in London verlebt. Wie Benazir Bhutto war er erst im Vorfeld der Wahlen von 2008 nach Pakistan zurückgekehrt. Bei den stark eingeschränkten Wahlen von 2002 hatte seine Partei 9,4 Prozent der Stimmen erhalten.

Die PML-Q gilt als *King's party*. Sie besteht aus dem Hauptteil der 1999 von Nawaz Sharif abgefallenen und in das Musharraf-Lager übergewechselten PML-Mitglieder. Ihr Kopf ist Chaudhry Shujaat Hussain, vormals in der Nawaz-Sharif-Regierung als Kabinettsminister tätig. Stammgebiet dieser Partei ist das ländliche Pandschab. Bei den Wahlen von 2002 erreichte sie 25,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Als stärkste Partei stellte sie in den Musharraf-Jahren den Premierminister.

Die MQM wurde 1984 auf Betreiben des Zia-Regimes in Karatschi ins Leben gerufen. Als Partei der Mohajirs, der Urdu sprechenden Bevölkerung, die nach der Teilung des Subkontinents im Jahre 1947 von Indien nach Pakistan übersiedelte, sollte sie in Sindh die politische Gegenkraft zur PPP der Bhuttos werden. Die von dem seit den frühen neunziger Jahren in London im Exil lebenden Altaf Hussain geführte Partei hat ihre Machtzentren in den urbanen Teilen von Sindh. Bei den Wahlen von 2002 hatte sie landesweit 3,1 Prozent der Stimmen gewinnen können. Auf Grund ihres guten Abschneidens in Sindh stellte sie dort die Provinzregierung und wurde so neben der PML-Q zu einer wichtigen Stütze des Musharraf-Regimes.

Der religiöse Block MMA bestand aus zwei größeren (JUI und JI) und vier kleineren Parteien. Bei den Wahlen von 2002 hatte die MMA 11,3 Prozent der Stimmen gewonnen und in der strategisch wichtigen Nord-West-Grenzprovinz (NWFP) die Regierung gestellt. In den ersten Jahren General Musharraf unterstützend, wurde sie später ein Teil der Opposition. Sich hierüber spaltend, beschloss die JI unter Qazi Hussain Ahmed, die Wahlen von 2008 zu boykottieren, während die JUI und Fazlur Rehman sich der Wahl stellte.

## ■ **Pakistan am Vorabend der Wahlen**

Das Regierungslager erhoffte sich von den Wahlen eine erneute Mehrheit für die bisherigen Regierungs-

parteien der PML-Q, des MQM, der Jamiat-e-Ulema-e-Islam (JUI-F) und Abgeordneter aus den Federally Administered Tribal Areas (FATA). Als Premierministerkandidat dieser Gruppe galt Pervaiz Elahi (PML-Q), der in den vergangenen Jahren Ministerpräsident im Pandschab war.

Die von Maulana Fazlur Rahman geführte JUI-F war die stärkste Partei im religiösen Parteienblock MMA. Fazlur Rahman gilt als einer der wendigsten Politiker des Landes. Durch seine Unterstützung der Politik Musharrafs hatte er das MMA-Bündnis gespalten. Inwieweit dies zu Stimmenverlusten für die JUI-F, insbesondere in Belutschistan, dem Stammgebiet der Partei führen würde, blieb abzuwarten. Die Wahlen wurden von der Jamiaat-e-Islami (JI), der zweitstärksten Kraft im vormaligen MMA-Bündnis religiöser Parteien und verschiedener regionaler Parteien, boykottiert.

Was die Paschtunen-Abgeordneten aus FATA angeht, schlossen sich diese in der Vergangenheit zu meist dem Regierungslager an, da sie dort für sich und ihre Wählerschaft die meisten Vorteile sahen.

Die PPP galt als stärkster Herausforderer der PML-Q. Beobachter vor Ort erwarteten, dass die Partei aus den Wahlen als stärkste Kraft hervorgehen und mit der Regierungsbildung betraut werden würde. Als möglicher Koalitionspartner der PPP wurde die PML-N gesehen, deren Abschneiden am Vorabend der Wahlen das größte Fragezeichen aufwarf. Den beiden Führern der Partei, Ex-Premierminister Nawaz Sharif und seinem Bruder Shahbaz Sharif wurde die Kandidatur für die Parlamentswahlen schon im Vorfeld von der Wahlkommission verwehrt. Trotzdem wurden der Partei Chancen in vielen Gebieten der Provinz Pandschab eingeräumt. Allgemein wurde erwartet, dass die PML-N als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen würde. Als möglicher dritter Partner einer Koalition aus PPP und PML-N wurde die paschtunisch-nationalistische Awami National Party (ANP) gesehen, die ihre Anhänger in der NWFP hat.

Eine Wahlvorhersage der unter in Pakistan tätigen Diplomaten und Ausländern beliebten Wochenzeitung *The Friday Times* sah am Vorabend der Wahlen einen Stimmanteil von 50 Prozent für die PPP und 22 Prozent für die PML-N voraus. Die vormalige Re-

gierungspartei PML-Q lag bei der Umfrage der Zeitung nur noch bei zwölf Prozent. Wesentliche Abweichungen von diesen Vorhersagen wären nach Meinung der Zeitung nur durch massive Wahlfälschungen möglich. Letztere wurden denn auch von 72 Prozent aller Befragten für wahrscheinlich gehalten.

## ■ Wahlablauf und Wahlergebnisse

In Pakistan waren am 18. Februar 2008 rund 81 Millionen Menschen<sup>4)</sup> zur Stimmabgabe aufgerufen. Nach offiziellen Angaben lag die Wahlbeteiligung bei 44,57 Prozent.<sup>5)</sup> Trotz der gespannten Sicherheitslage und mehrerer Bombenattentate im Vorfeld der Wahlen, war sie somit höher als im Jahre 2002 (41,76 Prozent). In den urbanen Wahlkreisen verlief die Stimmabgabe ohne wesentliche Beanstandungen. In ländlichen Gebieten, insbesondere der NWFP, wurden Frauen an der Stimmabgabe gehindert. Nach Angaben der pakistanischen Organisation Free and Fair Election Network waren zudem zehn Millionen Wähler entweder nicht oder in anderen Wahlkreisen in den Wählerregistern vermerkt. Etwa sieben Millionen Personen waren mehrfach registriert. Landesweit gab es bei zum Teil bewaffneten Auseinandersetzungen im Bereich der Wahllokale 25 Tote.

Als stärkste Partei ging die PPP der ermordeten Benazir Bhutto aus den Wahlen hervor. Sie errang in der Nationalversammlung insgesamt 113 Sitze. Hier wurde die von vielen beobachtete Sympathiewelle bei der Stimmabgabe teilweise wirksam. Die Überraschung der Wahlen war aber das gute Abschneiden der PML-N des ehemaligen Premierministers Nawaz Sharif. Sie gewann 84 Sitze und wurde so die zweitstärkste Partei.

Als klarer Verlierer gilt die bisherige Regierungspartei PML-Q, die so genannte Königspartei. Sie errang 55 Sitze und ist damit im neuen Parlament nur drittstärkste Kraft. Dies muss als klare politische Absage an Präsident Musharraf gewertet werden. Die MQM vermochte in Karatschi, Hyderabad und anderen Städten der Provinz Sindh ihre führende Position zu halten und zieht mit 25 Sitzen in die Nationalversammlung ein. Sie wird in anstehenden Koalitionsverhandlungen eine gute Position haben. In der

4) Auf der so genannten Final Electoral Roll (FER) waren 80 910 318 Wahlberechtigte vermerkt. Ursprünglich sollten die Wahlen schon am 8. Januar 2008 stattfinden, wurden aber nach der Ermordung Benazir Bhuttos verschoben.

5) Laut Informationen der pakistanischen Wahlkommission, siehe: [http://www.ecp.gov.pk/content/GE08/NA\\_turnout.pdf](http://www.ecp.gov.pk/content/GE08/NA_turnout.pdf).

NWFP gelang es der ANP, mit 14 Mandaten stärkste Partei zu werden und das MMA-Bündnis, das lediglich sieben Sitze erringen konnte, weitgehend auszuschalten. Bemerkenswert für die Zusammensetzung der neuen Nationalversammlung ist die hohe Zahl von 33 unabhängigen Abgeordneten. Um ihre Unterstützung begann bereits am Tag nach den Wahlen ein heftiges Werben. Nachfolgend die gesamte Sitzverteilung der neuen Nationalversammlung Pakistans:

PPP	113
PML-N	84
PML-Q	55
ANP	14
MQM	25
PML-F	05
PPP-S	01
Unabhängige/andere	33
MMA	07
Total	337

Wahl in den Wahlkreisen 37, 47, 119 und 217 verschoben, Resultat aus dem Wahlkreis 269 erwartet.

Quelle: *Dawn*, February 20, 2008, S. 1.

## ■ Ausblick

6) Siehe hierzu im Einzelnen die Seite 8 (complaints and appeals) des Berichts der EU Election Observation Mission Pakistan 2008: <http://www.eueompakistan.org>.

Trotz diverser Vorkommnisse<sup>6)</sup> wertet die Mehrheit der pakistanischen Bevölkerung die Wahl im Nachhinein als fair und frei. Dem Armeechef General Kayani wurde in zahlreichen Artikeln und Kommentaren Dank für das Heraushalten der Armee aus dem Wahlprozess gesagt. Die neuen politischen Hauptakteure in Pakistan sind Asif Zardari und Nawaz Sharif. Nur drei Tage nach der Mitteilung des offiziellen Wahlergebnisses kam von ihnen die Ankündigung, eine *grand coalition* bilden zu wollen. Mit 197 Sitzen würden sie über eine stabile Mehrheit im Parlament verfügen. Da sich zudem einige der kleineren Parteien einer solchen Koalition anschließen werden und die Abgeordneten, die als Unabhängige gewählt wurden, in der Regel nach den Wahlen in eine der großen Parteien eintreten, ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Regierung im Parlament in greifbare Nähe gerückt. Eine solche Mehrheit in der Nationalversammlung und im Senat ist notwendig, um gegen Präsident

Musharraf ein Amtsenthebungsverfahren betreiben zu können. Die Entfernung Musharrafs aus dem Amt des Präsidenten ist das erklärte Ziel von Nawaz Sharif. Hier mischen sich persönliche Revanchege-lüste mit Planungen für die eigene weitere politische Karriere. Nawaz Sharif will die von Musharraf in die Verfassung eingebrachte Beschränkung des Premierminister-Amtes auf zwei Perioden für einen Amtsträger abschaffen. Auf die Weise wäre es ihm möglich, wiederum Regierungschef zu werden.<sup>7)</sup> Verständlich wird so auch sein Verlangen, die von Musharraf abgesetzten Richter einschließlich des vormaligen Chief Justice Chaudhry wieder einzusetzen. Von ihnen erwartet er die von ihm angestrebten Verfassungsänderungen. Zudem weiß er sich hier mit der Mehrheit der Bevölkerung im Einklang, die eine Rehabilitierung der abgesetzten Richter verlangt.

Als neuer Regierungschef Pakistans ab März 2008 wird Makhdoom Amin Fahim gehandelt. Als Vice-Chairman der PPP hatte er über die letzten Jahre die Führung der Partei vor Ort inne und dabei stets der im Exil lebenden Benazir Bhutto die Treue gehalten. Asif Zardari selbst gehört nicht dem neuen Parlament an und kann schon aus diesem Grunde nicht für das Premierministeramt kandidieren. Als Co-Vorsitzender der Partei hat er derzeit eine Schlüsselstellung inne, seine mittelfristigen politischen Pläne liegen noch im Dunkeln. Im Vergleich zu Nawaz Sharif schlagen Zardari und Fahim derzeit gemäßigte Töne gegenüber Musharraf an. Man wolle, so eine offizielle Erklärung, das Boot nicht gleich wieder zum Kentern bringen. Hintergrund einer solchen Sprachreglung sind von der PPP-Führung über die letzten Tage geführte Gespräche mit Washington. Dass Zardari dabei zwei Mal die US-Botschafterin in Islamabad, Anne Patterson, aufsuchte und nicht umgekehrt, wurde ihm in der nationalen Presse des Landes übel vermerkt. Erklärbar wird das Verhalten Zardaris vor dem Hintergrund der in der Schweiz gegen ihn laufenden Korruptionsverfahren. Offensichtlich ersucht er hier die Hilfe Washingtons zu seinen Gunsten. Zu Beginn der letzten Februarwoche 2008 erschienen in pakistanischen Zeitungen erste Berichte über Rücktrittspläne Musharrafs.<sup>8)</sup> Sie werden gestützt durch Meldungen britischer Zeitungen und TV-Stationen. Offensichtlich hat Musharraf erkannt, dass sich seine

7) Nawaz Sharif war von 1990 bis 1993 und von 1997 bis 1999 Premierminister.

8) So beispielsweise in *The News*: „Musharraf mulls over quitting“, 25. Februar 2008, S. 1.

Zeit als politische Führungsfigur dem Ende zuneigt. Es scheint nun darum zu gehen, einen Kompromiss oder einen ehrenvollen Abgang zu erreichen.

Im Presseclub von Karachi wurden in früheren Zeiten Wetten darüber abgeschlossen, wie lange die jeweiligen Präsidenten in Amt und Würden bleiben. Dieser Brauch hatte in Pakistan Tradition, resultierte er doch aus einer Zeit, in der man nie sicher sein konnte, wie lange die eine oder andere Zivilregierung an der Macht ist. Nachdem General Musharraf sich an die Macht geputzt hatte, gerieten solche politischen Traditionen aus der Mode. Wollte doch niemand sinnlose Wetten eingehen und sein Geld unnötig verlieren. Mittlerweile kann davon ausgegangen werden, dass im Presseclub von Karatschi in Bezug auf die Amtszeit von Präsident Musharraf wieder Wetten entgegen genommen werden.